

100 Jahre Republik Österreich

Geschichten zur
Geschichte



Am 12. November 1918, also vor 100 Jahren, wurde die Erste Republik Österreich gegründet.

Die Landesbildungsorganisation der SPÖ Oberösterreich nimmt dieses Ereignis zum Anlass, von 6. September bis 8. November 2018 jeweils ein Email pro Woche mit „Geschichten zur Geschichte“ an die oberösterreichischen Parteimitglieder zu versenden.

Damit soll an die Umstände der Gründung, die Dramatik des 1. Weltkrieges, das soziale und menschliche Elend und die demokratische Revolution (zB. arbeitsrechtliche, bildungs- und gesundheitspolitische Errungenschaften, das Frauenwahlrecht) erinnert werden.

Die Zusammenstellung und Auswahl der Texte stammt von Landesbildungsvorsitzendem Bernd Dobesberger.

Geschichte sechs

Grenzen werden gezogen

Am 12. November 1918 wurde von der Provisorischen Nationalversammlung die Republik ausgerufen. Otto Bauer fasst die Perspektive so zusammen:

„Damit waren die nächsten Aufgaben klar bezeichnet: Bildung einer Regierung, tatsächliche Übernahme der Regierungsgewalt, Republik, Anschluss an Deutschland!“¹

Die von der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918 ausgerufene Republik hieß „Deutschösterreich“, der Anschluss an die deutsche Republik war das deklarierte Ziel aller großen politischen Parteien Österreichs. Für die Deutschnationalen in Österreich war dies natürlich naheliegend, die Christlich-Sozialen sahen die besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Sozialdemokraten erhofften mit dem Anschluss an Deutschland auch eine bessere sozialistische Perspektive. Die Siegermächte des Weltkriegs verhinderten dies aber in den Verträgen von St. Germain mit Österreich und von Versailles mit Deutschland.

¹ Ebd.

Bis zum Friedensvertrag von St. Germain war das Staatsgebiet des neuen Staats unklar, die österreichische Nationalversammlung listete zum Zeitpunkt der Ausrufung der Republik folgenden Gebiete auf:

- Niederösterreich mit Wien und dem mährischen Kreis Znaim
- Oberösterreich mit dem deutschen Südböhmen rund um Krumau
- Steiermark mit Marburg an der Drau
- Kärnten mit Südkärnten und dem Kanaltal
- Tirol mit dem deutschsprechenden Südtirol
- Vorarlberg
- Salzburg
- Die Provinz Deutschböhmen (mit Eger, Karlsbad, Aussig und Reichenberg)
- Provinz Sudetenland (mit Nordost-Böhmen, Nord-Mähren und Österreichisch-Schlesien)
- Die Städte Iglau, Olmütz und Brünn

Das nicht-zusammenhängende Staatsgebiet hätte knapp 120.000 km² mit 10,4 Millionen Einwohnern umfasst.

Die tatsächlichen Grenzen wurden aber von den Siegermächten des 1. Weltkriegs im Friedensvertrag gezogen: Der Kreis Znaim, Südböhmen, Deutschböhmen, das Sudetenland und die Städte Iglau, Olmütz und Brünn wurden der Tschechoslowakei zugeordnet. Marburg an der Drau wurde ein Teil von Jugoslawien, das Kanaltal und Südtirol kamen zu Italien.

Nur das umstrittene Südkärnten blieb bei Österreich und erst 1921 wurde aus mehrheitlich deutschsprachigen Gebieten Westungarns das österreichische Bundesland Burgenland. Österreich hatte damit eine Fläche von etwa 83.900 km² und nach der Volkszählung von 1923 ca. 6,5 Millionen EinwohnerInnen.

Aber es gab nicht nur diese Konflikte, auch in den bei der neu gegründeten Republik verbleibenden Gebieten gab es Debatten um die nationalstaatliche Zugehörigkeit. In Salzburg gab es Bestrebungen sich – unabhängig von den anderen Teilen Österreichs – Deutschland anzuschließen. Eine derartige Initiative gab es auch in Tirol. Diese beiden Vorstöße wurden aber von Deutschland abgelehnt. Andere Tiroler und Tirolerinnen wollten sich Italien anschließen um die Einheit Tirols sicherzustellen. Und in Vorarlberg votierten 1919 bei einer Volksabstimmung 81 Prozent der Abstimmenden für den Anschluss des Bundeslandes an die Schweiz, deren Regierung lehnte dieses Vorhaben aber ab um das austarierte Kräfteverhältnis zwischen den Sprachgruppen nicht in Gefahr zu bringen.

Diese Initiativen in den Bundesländern waren aber nicht einfach die Suche nach einem jeweils passenden Weg für die jeweiligen Bundesländer, es war immer auch eine Initiative gegen die österreichische Zentralregierung und gegen Wien. Sowohl die Bundesregierung als auch die Hauptstadt Wien waren in den Augen der Bundesländer nicht katholisch genug (der große Einfluss der Juden, wurde behauptet!) und kritisiert wurde ebenso die Dominanz der Sozialdemokraten. Die oberösterreichische Landesregierung forderte zwar keinen Anschluss an Deutschland, sie forderte eine Verfassung mit sehr eigenständigen Bundesländern und einer weitgehend einflusslosen Bundesregierung.

Die „Geschichten zur Geschichte“ stehen unter <https://renner-institut.spoee.at/downloads/> zum Download bereit.